

Heute

Wichtige Indikatoren So ist die Lage in der Europäischen Union

Eurostat veröffentlicht die aktuellsten Arbeitslosenzahlen und klärt über die Inflation im November auf.

In der Eurozone

Geschäftsklima hellt sich leicht auf

BRÜSSEL Das Geschäftsklima in der Eurozone hat sich im November aufgehellt. Das Barometer stieg leicht um 0,1 auf 100,8 Punkte, wie die EU-Kommission am Donnerstag mitteilte. Damit liegt es weiter knapp über seinem langfristigen Durchschnittswert von 100 Zählern. Die Stimmung verbesserte sich in der Industrie und bei den Detailhändlern. Sie stagnierte bei den Dienstleistern. In der Baubranche und bei den Verbrauchern trübte sich die Stimmung hingegen ein. (sda/reu)

Auf Drei-Jahres-Tief

Weniger Arbeitslose in Deutschland

NÜRNBERG Trotz eingetrübter Konjunkturprognosen liegt die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf dem niedrigsten Stand seit drei Jahren und ist kaum noch höher als Anfang der 1990er-Jahre. Bei der deutschen Agentur für Arbeit waren im November 2,717 Millionen Arbeitslose registriert. Das seien 16 000 weniger als im Oktober und 89 000 weniger als vor einem Jahr, teilte die Behörde am Donnerstag mit. Die Arbeitslosenquote blieb unverändert bei 6,3 Prozent. Der Arbeitsmarkt habe sich trotz verhaltenen Wirtschaftswachstums günstig entwickelt, erklärte der Chef der Behörde, Frank-Jürgen Weise. Der für November übliche Rückgang bei der Arbeitslosenzahl sei in diesem Jahr stärker ausgefallen. Die deutsche Regierung und Forschungsinstitute hatten zuletzt die Wachstumsaussichten für Deutschland nach unten geschraubt. Gemäss einer Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom Mittwoch wird die Wirtschaftsleistung im Schlussquartal nur um 0,1 Prozent im Vergleich zum Vorquartal zulegen. (sda/reu)

Einigung in Wien

OPEC kürzt Förderziel nicht

WIEN Trotz des jüngsten Absturzes der Ölpreise will die Organisation erdölexportierender Länder (kurz: OPEC) ihr bisheriges Förderziel nicht kürzen. Darauf verständigten sich die Energieminister der zwölf Mitgliedsstaaten am Donnerstag in Wien. Es gebe «keine Veränderung» zum bisherigen Förderziel von 30 Millionen Barrel pro Tag, sagte der kuwaitische Ölminister Ali al-Omair. Das bestätigte der saudi-arabische Ölminister Ali Al-Naimi am Nachmittag nach der fünfständigen Sitzung. Ein Votum für die Reduzierung war nicht erwartet worden, da sich im Vorfeld abgezeichnet hatte, dass die Staaten unterschiedlicher Meinung sind. Der Ölpreis sank nach Bekanntwerden des Beschlusses trotzdem auf ein neues Vier-Jahres-Tief. Er war seit dem Sommer bereits um mehr als 30 Prozent gefallen. Der Grund hierfür ist ein wachsendes Angebot und zugleich eine schwächelnde Nachfrage. (sda/dpa/reu/afp)



Gestern wurden zum elften Mal die «Banking Awards» verliehen. Unser Foto zeigt, von links: Marco Menichetti vom Institut für Finanzdienstleistungen, die Preisträger Radovan Studnik und Michael J. Weiser sowie Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Bankenverbandes. (Foto: Michael Zanghellini)

«Banking Awards» verliehen - Festrede von Robert Priester

Auszeichnung Radovan Studnik wurde für seine Master-Thesis, Michael J. Weiser für seine Bachelor-Thesis ausgezeichnet.

VON HARTMUT NEUHAUS

«Alle 15 eingereichten Arbeiten, neun Master- und sechs Bachelor-Thesen, zeugten von einer sehr hohen Qualität», betonten Martin Wenz, Leiter des Instituts für Finanzdienstleistungen an der Universität Liechtenstein, und Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Bankenverbandes, in ihren Begrüßungsworten zur Verleihung der elften «Banking Awards» gestern Abend im Auditorium der Uni in Vaduz. Die Abschlussarbeiten aus dem Masterstudiengang «Banking and Financial Management» und dem Bachelorstudiengang «Betriebswirtschaftslehre mit Vertiefung in Inter-

national Financial Services» stellten sich der Begutachtung durch eine sechsköpfige Fachjury, die aus Wissenschaftlern und Praktikern besteht. Die mit je 2500 Franken dotierten Auszeichnungen gingen an Radovan Studnik für seine Master Thesis und an Michael J. Weiser für seine Bachelor-Thesis. Nach der Übergabe der Urkunde aus den Händen von Simon Tribelhorn und Marco J. Menichetti (Lehrstuhl für BWL, Bank- und Finanzmanagement am Institut für Finanzdienstleistungen), stellten die Ausgezeichneten ihre Arbeiten vor.

Relevanz für den Finanzplatz

Als eine der ersten Studien reproduziert die Arbeit von Michael J. Weiser die quantitativen Ratingmodelle von führenden Kreditbewertungsagenturen und setzt die Ergebnisse dieser Ratingmodelle in Relation zu den dazugehörigen CDS Spreads. Eines der Ergebnisse dieser Bachelorarbeit besteht darin,

dass die quantitativen Ratingmodelle langfristige und kurzfristige Ausfallrisiken von Staaten sehr gut erfassen. Dies ist eine wichtige Erkenntnis, die auch von den Playern am Finanzplatz Liechtenstein genutzt werden kann. Die Masterarbeit von Radovan Studnik diskutiert die Währungsabsicherung von Investmentportfolios mit einer geringen Schwankungsbreite. Darin konnte er zeigen, dass in Entwicklungs- und Industrieländern eine Renditeanomalie bezüglich der geringeren Volatilität existiert. Die Erkenntnisse aus dieser Thesis können zusätzliche, wertvolle Hinweise zur Optimierung von global investierten Anlageportfolios geben und sind damit für die liechtensteinischen Finanzintermediäre sehr interessant.

Das Europäische Aufsichtssystem

Ein weiterer Höhepunkt der gestrigen Preisverleihung war die Festrede von Robert Priester, Head of Wholesale & Regulatory Policy De-

partment der European Banking Federation (kurz: EBF) in Brüssel. Er referierte zum Thema «Die Europäischen Überwachungsstrukturen - Herausforderungen und Erfahrungen». Er ging auf die Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) ein, die seit dem 4. November 2014 als Teil des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) die Aufsicht über die Banken im Euroraum übernommen hat. Die Hauptziele des SSM bestehen darin, die Sicherheit und Solidität des europäischen Bankensystems zu gewährleisten und die finanzielle Integration und Stabilität in Europa zu verbessern. 120 der bedeutendsten Bankengruppen werden dabei der direkten Aufsicht der EZB unterstellt. Für die restlichen Banken sieht die EZB die Aufsichtsstandards vor und überwacht deren Anwendung. Das Land Liechtenstein ist zwar nicht EU-Mitglied, wird sich aber früher oder später auch mit den Regulatorien der EU befassen müssen.

Jetzt verliert die BayernLB ihre Geduld

Streit Österreich schuldet der BayernLB 2,9 Milliarden Franken. Wenn diese Summe nicht innerhalb von zwei Wochen überwiesen wird, drohen rechtliche Konsequenzen.

Mit einer Frist von 14 Tagen forderte die bayerische Landesbank die Republik Österreich auf, die Forderungen von 2,4 Milliarden Euro (rund 2,9 Milliarden Franken) zu begleichen. Die Summe ergebe sich aus gezahlten Krediten an die einstige Tochter plus Zinsen, sagte ein Anwalt der BayernLB in München. Österreich hatte die marode Staatsbank Hypo Group Alpe Adria (kurz: HGAA) vor Kurzem aufgelöst und deren Reste in eine Bad

Bank ausgegliedert. «Für diesen Fall sicherte die Republik Österreich ausdrücklich die Rückzahlung der Kreditlinien zu», teilte die BayernLB mit. Zugleich machte die Landesbank Österreich beim geplanten Verkauf der Balkan-Töchter der HGAA einen Strich durch die Rechnung. Österreich wartet seit Tagen auf die Zustimmung der BayernLB zu dem Verkauf, da diese als Alteigentümerin ein Vetorecht hat. Die Landesbank



Der Streit um die Hypo Alpe Adria geht in die nächste Runde. (Foto: RM)

erklärte nun aber, mangels eines bestehenden Rechtsverhältnisses könne sie keine Erklärung zu dem Verkauf abgeben. Die HGAA gehörte von 2007 bis 2009 zur BayernLB. In den Jahren darauf zahlte die einstige Tochter die alten Kredite der Landesbank noch zurück, verkündete vor zwei Jahren aber einen Zahlungsstopp. Seit einem Jahr läuft vor dem Landgericht München ein Prozess um den Milliardenstreit. (sda/dpa)

Auf Rekordhoch

Arbeitslosenzahl in Frankreich steigt

PARIS Die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich ist auf ein Rekordhoch gestiegen. Im Oktober seien rund 3,46 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet gewesen, 28 400 mehr als im September, teilte das Arbeitsministerium in Paris am Donnerstag mit. Das ist zugleich der stärkste Zuwachs binnen eines Monats seit Februar in der zweitgrössten Volkswirtschaft Europas. Die Regierung von Präsident François Hollande versucht seit Langem vergeblich, einen Aufschwung am Arbeitsmarkt zu erreichen. (sda/reu)